

Protokoll der 32. Vorstandssitzung

Wir treffen uns in einer Telefonkonferenz am 06.07.2017 um 19:30 Uhr unter 030 / 63417989 Raum / PIN 5718

Teilnehmer

[vorhersehbare Abwesenheit gerne eintragen]

<u>Vorstand</u>	<u>Funktion</u>	anwesend	abwesend
Susanne Wiest	Vorsitzende	x	
Cosima Kern	Stellvertretende Vorsitzende	x	
Dr. Frank Schröder	Schatzmeister		x
Verena Nedden	Stellvertretende Schatzmeisterin		x
Uschi Bauer	LV Baden-Württemberg	x	
Moritz Meisel	LV Bayern	x	
Carl-Richard Klütsch	LV Berlin	x	
Matthias Neumann	LV Brandenburg	x	
Gerhard Dick	LV Bremen		x
Laszlo Földesi	LV Hamburg		x
Wolfgang Herms	LV Hessen		x
Karsten Behr	LV Mecklenburg-Vorpommern	x	
Thomas Rackow	LV Niedersachsen	x	
Felix Naumann	LV Nordrhein-Westfalen	x	
Benjamin Pohl	LV Rheinland-Pfalz		x
Eugen Georg	LV Saarland		x
Thomas Bossack	LV Sachsen		x
Nicola Tekaath	LV Sachsen-Anhalt		x
Malte Kanthack	LV Schleswig-Holstein	x	
Susanne Schickschneit	LV Thüringen	x	

Gäste:

- Joachim Winters
- Wolfgang Deininger
- Thomas Rehmet
- Anita Habel
- Gerhard Seedorff
- Vanessa Gotzhein ab 19:38 Uhr
- Karl-Heinz Blenk ab 20:25 Uhr

Tagesordnung

TOP 01 - Formalia

TOP 02 - Nächste Sitzung (Thomas Re) - Angemerkt wurde, dass man bei Bedarf so die nächste Sitzung flexibler festlegen kann)

TOP 03 - Umlaufbeschlüsse

TOP 04 - Bundesparteitag (Moritz)

TOP 05 - Postfach vorstand@buendnis-grundeinkommen.de (Cosima)

TOP 06 - Änderungen an der GO (Felix)

TOP 07 - Kostenerstattung für Unterstützung Rheinland-Pfalz (Thomas Re)

TOP 08 - Stand Einreichung Unterlagen bei Landeswahlleiter/in (Cosima)

TOP 09 - Beschluss über Teilnahme am Wahl-O-Mat (Anita)

TOP 10 - TV-Wahlwerbung - siehe Mail von Gerhard Dick v. 06.07.17 (Susanne Sch.)

TOP 11 - Wie gehen wir bundesweit mit der Beteiligung an Demos und anderen Events um? (Vanessa)

TOP 01 - Formalia

Das Protokoll führt Susanne Schickschneit.

Moritz Meisel eröffnet um 19:35 Uhr die Vorstandssitzung.

Die Versammlung ist beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt einstimmig beschlossen.

TOP 02 - Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 13.07.2017, um 19:30 Uhr statt. Wir treffen uns in einer Telefonkonferenz unter Tel. 030 / 63417989 - Raum / PIN 5718.

Vorschlag Thomas Rehmet: diesen TOP ans Ende setzen, damit man während der Sitzung flexibel entscheiden kann, ob man sich ggf. schon eine Woche früher wieder trifft.

Anmerkung von Richard zum Vorschlag von Thomas Rehmet: Nicht erforderlich, da im Anschluss an eine BuVo ordentlich zur nächsten Woche fristgerecht eingeladen werden kann, sofern Bedarf besteht.

Neu geöffnet um 21:24, wir treffen uns schon am 13.07. um 19:30 Uhr wieder

TOP 03 - Umlaufbeschlüsse

keine Umlaufbeschlüsse

TOP 04 - Bundesparteitag im Oktober 2017

Thema: wie geht es weiter

Absichtserklärung:

Der Bundesvorstand bezeugt seinen Willen, einen Bundesparteitag im Oktober/November 2017 einzuberufen. Mit der Findung einer geeigneten Räumlichkeit werden Moritz Meisel und Carl-Richard Klütsch betraut.

TOP 05 - Postfach vorstand@buendnis-grundeinkommen.de

- Wie möchten wir mit dem Postfach vorstand@buendnis-grundeinkommen.de umgehen?

Der Vorstand ist sich einig, dass Cosima und Thomas Rackow dieses Postfach betreuen und die Mails entsprechend weiterleiten werden.

TOP 06 - Änderungen an der GO (Felix)

Um den Realitäten in der Partei mehr Rechnung zu tragen, wurden beim Punkt Anträge einige Punkte verändert (die Frist wurde von 2 Tagen um 20 Uhr auf am Tag vorher um 21 Uhr verändert), die Karenzzeit auf 12 Stunden verringert (damit v.a. kostenrelevante Beschlüsse noch vor dem Bankwochenende umgesetzt werden können) und ansonsten kleinere redaktionelle Änderungen vorgenommen. Mit dem Link unten kann kommentiert werden.

Diffchecker: <https://www.diffchecker.com/2eTtjIHN>

Antrag auf Annahme der Änderungen an der GO des BuVo wie folgend zu finden ohne Hinzufügung Artikel 3 Abs. 5:

https://docs.google.com/document/d/1J_qnBHV2NO3QReDIETMdww1PDIF0lrFUYcMhnzy95vw/D

Der Antrag wurde nach Aussprache vom Antragsteller zurückgezogen.

TOP 07 - Kostenerstattung für Unterstützung Rheinland-Pfalz (Thomas Rehmet)

Antrag wird übernommen von Susanne Wiest und Carl-Richard Klütsch

Für die Unterstützung beim UU-Sammeln in Rheinland-Pfalz sind zwischen dem 22.06. und 02.07. viele Mitglieder und Unterstützer nach Mainz, Landau usw. gereist. In der letzten Vorstandssitzung wurde erwähnt, dass für das UU-Sammeln in Rheinland-Pfalz ein Budget von ca. 600 Euro zur Verfügung gestellt wurde. Es sollte daher geklärt werden, wie dieses Budget verteilt wird.

Am 22.06. hat Thomas Rehmet diesbezüglich eine Mail an Frank Schröder mit folgender Kostenaufstellung für die Unterstützung vom 22.06. bis 23.06. geschickt:

190 Euro Übernachtungskosten für 5 Personen (wurden von Thomas Rehmet vorgestreckt)
149,80 Euro Fahrtkosten Ilka Eschricht für ein Bahn-Ticket (auf 49,80 wird verzichtet)
70,30 Euro Fahrtkosten Matthias Lindemer für ein Bahn-Ticket
280,20 Euro Pkw-Fahrtkosten Thomas Rehmet (Verzichtsspende angekündigt)

Hinzu kommen noch Fahrt- und ggf. Übernachtungskosten der Unterstützer, die zwischen dem 29.06. und 02.07. beim Sammeln geholfen haben. Diese sind noch zu ermitteln.

Außerdem hat Claudia Röse für das Versenden von 423 UU-Formularen 93,27 Euro ausgegeben. Für den Fall, dass das Budget durch Fahrt- und Übernachtungskosten verbraucht wird, hat Claudia eine Verzichtsspende angekündigt, wenn das Budget dafür nicht ausreichen sollte.

Der Vorstand bittet Thomas Rehmet, alle in diesem Zusammenhang aufgelaufenen Kosten in Erfahrung zu bringen und diese an den Vorstand weiterzuleiten. Dann wird der Vorstand über den Antrag beschließen.

TOP 08 - Stand Einreichung Unterlagen bei Landeswahlleiter/in (Cosima)

BaWü: 1.982 anerkannt, alle weiteren Unterlagen sind eingereicht und anerkannt (keine Mängel mehr)

Bayern: 2.131 eingereicht, Mängel behoben

Berlin: Insgesamt wurden 2.351 UUs gesammelt. Davon wurden 2.302 UUs zur Bestätigung in vier verschiedenen Wahlämtern eingereicht. 218 UUs wurden abgelehnt. 2.084 UUs wurden als gültig bestätigt. Am Mittwoch, 21.06.2017, um 11:30 Uhr wurden 2.072 bestätigte Unterstützerunterschriften (10,360 kg - amtlich gewogen) mit den anderen notwendigen Unterlagen zwecks Zulassung zur Wahl bei der Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin abgegeben. Es wurden alle 2.072 eingereichten Unterschriften von der Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin paginiert [durchnummeriert] und als gültig bestätigt.

Brandenburg: Vorprüfung abgeschlossen und mängelfrei. über 2300 UU wurden anerkannt

Bremen: Unterschriften bereits im Mai eingereicht, Mängel beseitigt

Hamburg: kein Teilnehmer, laut UU-Grafik aber wohl im Trockenen

Hessen: 2.200 UU und alle Anlagen liegen beim LWL vor

MeckPomm: Heute Termin: 1.688 UU eingereicht. Benötigt waren 1.351. Letzte Mängel werden noch beseitigt

Niedersachsen: Vorprüfung wurde erfolgreich abgeschlossen. Keine Mängel, UU reichen völlig

NRW: 2.040 insg. eingereicht. 1.289 davon waren schon offiziell anerkannt. Landesliste war auch mängelfrei. Der Sachbearbeiter ist im Urlaub und meldet sich ab 10. Juli.

RLP: Ein Formular (Zeugen-EV) fehlte bei der Zusammenstellung (wird nachgeholt), alle anderen Unterlagen komplett zur Einreichung bei Landeswahlleitung. UUs befinden sich noch in der Bescheinigungsphase (gute Fortschritte) - Info von J.W.

Saarland: Probleme bei Bescheinigungen (Unterstützung aus anderen LVs zugesagt!)

Sachsen: 1.164 eingereicht, 1.245 werden morgen beim LWL eingereicht inklusive aller noch fehlender Unterlagen, alle Mängel werden gleich mit beseitigt = Feier;

Sachsen-Anhalt: keine Info, laut UU-Tabelle aber wohl im Trockenen

Schleswig-Holstein: 1.945 bereits anerkannt, nächste Woche DO wird alles korrigiert eingereicht mit den fehlenden UU.

Thüringen: kleine Mängel werden korrigiert, 2.022 UU liegen vor und sind halb anerkannt, nur eine Prüfung steht noch aus.

TOP 09 - Beschluss über Teilnahme am Wahl-O-Mat (Anita)

Die Wahl-O-Mat-Fragen (83 Thesen) sind heute (Dienstag) eingegangen und werden vom Projektteam Argumentationshilfen geprüft. Eine Empfehlung von uns wird morgen Abend (Mittwoch) kommen. Da es gerade zeitlich passt, schlagen wir vor, anstelle eines Umlaufbeschlusses direkt abzustimmen (basierend auf Beschluss 111 vom 22.06.). Das spart Zeit für den Fall einer Bearbeitung (Abgabe bis 25.07.).

Beschlussvorlage:

Der Bundesvorstand beschließt die Teilnahme am Wahl-O-Mat für die Bundestagswahl 2017. Das Projektteam Argumentationshilfen beantwortet gemeinsam mit weiteren angemeldeten Interessierten die Fragen in Eigenverantwortung und ohne gesonderte nachträgliche Absegnung des Bundesvorstands.

Antrag (**Beschluss 113**) einstimmig angenommen.

TOP 10 - TV-Trailer auch für Wahlwerbespot für ARD / ZDF (Karl-Heinz Blenk)

Inhalt siehe Mail an die Vorstandsmitglieder vom 6. Juli 2017, 12:30 Uhr.

Hier nochmal die Fragen aus dem Mail:

- Brauchen oder wollen wir einen TV-Spot?
- Wenn ja, gibt es momentan drei Alternativen:
 - o Ist Lucas Treise in der Lage einen kostengünstigen Spot zu realisieren?
 - o Soll das Agenturangebot wahrgenommen werden und wer übernimmt dann das Projekt?
 - o Wollen wir den Film mit Herrn Goder realisieren?
- Spot (zur LTW NRW) weiter nutzen, weil vorhanden, hochwertig, (Format) kompatibel

Wahlspot zur LTW NRW: <https://www.youtube.com/watch?v=vogwDN0ofFI>

(müsste sowohl inhaltlich als auch grafisch an die BTW angepasst werden)

TOP 11 - Wie gehen wir bundesweit mit der Beteiligung an Demos und anderen Events um? (Vanessa)

Eine offizielle Unterstützung von oder Assoziation in jeglicher Form mit Demos oder ähnlichen Events außerhalb des Fokus des Grundeinkommens lehnte der BuVo bereits in seiner 27. Sitzung am 11.05. zuvor ab. Das BGE ist und bleibt eine monothematische Partei für das eine Thema "bedingungsloses Grundeinkommen".

Das Programm des BGE:

Das Bündnis Grundeinkommen setzt sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein. Ziel ist, mithilfe des bedingungslosen Grundeinkommens allen Menschen die Existenz zu sichern und eine demokratische Teilhabe am Gemeinwesen zu ermöglichen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen zu verstehen.

Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt. Es soll

- die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie
- ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.

Das Grundeinkommen wird an einzelne Menschen anstelle von Haushalten gezahlt. Es steht jedem Menschen unabhängig von sonstigem Einkommen zu.

Das Bündnis Grundeinkommen versteht sich als Ein-Themen-Partei, die keinen anderen Zweck verfolgt, als im demokratischen Kontext der Bundesrepublik Deutschland die Einführung des Grundeinkommens mit demokratischen Mitteln voranzubringen. Aufgrund der Größe des Projekts ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Teile der Volkswirtschaft und der Politik beeinflusst.

Unser Ideal vom freien und emanzipierten Menschen, der eben ohne Bedingungen das Grundeinkommen erhält, schließt totalitäre und faschistische Bestrebungen aus. Hierzu zählt auch, dass die Gesellschaft frei sein muss und ein Grundeinkommen weder mit Gewalt noch mit undemokratischen Mitteln durchgesetzt werden darf. Das Grundeinkommen ist im Rahmen der derzeitigen Verfassung realisierbar und es bedarf keinerlei Änderung an unserem freiheitlich-demokratischen System.

Das Bündnis Grundeinkommen ist eine Partei, die sich mit dem Thema bedingungsloses Grundeinkommen befasst, und alle ihre Mitglieder haben verstanden, dass andere Themen nicht Gegenstand dieser Partei sind. Dem einzelnen Mitglied steht es frei, sich bei anderen Themen in anderen demokratischen Parteien zu engagieren.

Soweit die parlamentarische Arbeit nicht das Grundeinkommen betrifft, sind die Abgeordneten des Bündnisses Grundeinkommen gehalten, sich das notwendige Fachwissen anzueignen und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Dabei haben sie das Grundeinkommen in allen Entscheidungen zu vertreten.

Da das Grundeinkommen einen Finanzrahmen erfordert, der den gesamten Haushalt betrifft, ist nahezu jedes Themengebiet betroffen, bei dem die Abgeordneten des Bündnisses Grundeinkommen mitwirken. Wir fordern die Einsetzung einer Enquetekommission im Bundestag zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, insbesondere auch zur festzulegenden Höhe des Grundeinkommens und dessen Finanzierung.

Beseelt von dem politischen Willen, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen, engagiert sich das Bündnis Grundeinkommen trotz aller politischen Widrigkeiten genau für ein Thema: das bedingungslose Grundeinkommen.